

## DIE FAHRINNENANPASSUNG DER UNTER- UND AUSSENELBE

WIRTSCHAFTSSENATOR **FRANK HORCH** ZU DEN OFFENEN FRAGEN ANLÄSSLICH DER JÜNGSTEN ENTSCHEIDUNG DES GERICHTS

**D**er Bund und Hamburg respektieren die ergangene Entscheidung im einstweiligen Rechtsschutz. Beide haben gleichwohl keine Zweifel daran, in der Hauptsache Erfolg zu haben. Auch das Bundesverwaltungsgericht betont in seinem Beschluss, dass dies keine Vorentscheidung über den Ausgang des Verfahrens bedeutet. In einem umfangreichen Verfahren wie diesem ist es nicht ungewöhnlich, dass im einstweiligen Rechtsschutzverfahren zu Gunsten der Antragsteller entschieden wird. Die vom Bundesverwaltungsgericht als Begründung angegebene nicht auszuschließende Irreversibilität war nur im Eilverfahren von Belang. Letztlich ist es so, dass unbestreitbar vorhandene Umweltbeeinträchtigungen durch geeignete Maßnahmen kompensiert werden. Das öffentliche Interesse an einem zügigen Baubeginn wird auch vom Bundesverwaltungsgericht gesehen. Es betont das gesteigerte Vollzugsinteresse, „das aus der (internationalen) Verkehrsbedeutung des Ausbauprojektes folgt“ (Beschlussbegründung vom 16. Oktober 2012).

Im Interview mit dem Hamburger Kurs äußert sich Wirtschaftsminister Frank Horch deutlich zur aktuellen Situation:

### Hamburger Kurs: Was ist vom Bundesverwaltungsgericht entschieden worden?

In der Sache selbst ist nichts entschieden! Das Gericht selbst sagt in seiner Begründung – ich zitiere: Der Ausgang des Rechtsstreites ist in der Hauptsache offen! Also weder Pro noch Contra zur Fahrrinnenanpassung. Das Gericht macht deutlich, dass es ausschließlich wegen des Umfangs und der Komplexität noch keine Entscheidung treffen kann. Hier wird auch nicht exklusiv oder speziell die Elbvertiefung aufgestoppt, sondern der Elbvertiefung passiert leider genau das, was in der jüngsten Vergangenheit allen anderen staatlichen Großprojekten auch passiert: nämlich eine Entscheidung erst im Hauptsacheverfahren. Weder der Bund noch Hamburg müssen sich wegen dieser Eilentscheidung selbst etwas vorwerfen oder von anderen vorwerfen lassen. Das Planfeststellungsverfahren wurde mangelhaft betrieben. Wir hatten allein drei Planänderungen aufgrund unserer intensiven Beteiligung der Naturschutzverbände und der Naturschutzverwaltungen von Bund und Ländern. Wir haben alle Belange des Natur- und Artenschutzes eingearbeitet. Vielfach sind wir über die Forderungen

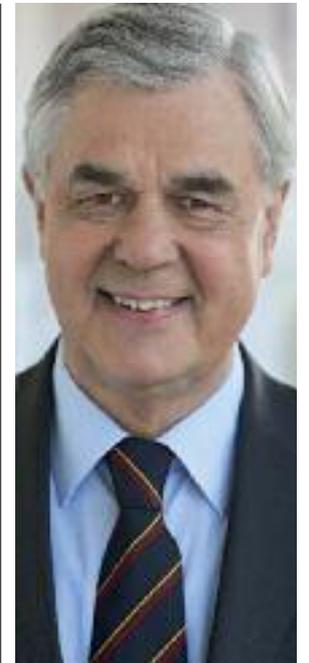
hinausgegangen. Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir bereits auf alle Klagen erwidert, sodass aus unserer Sicht die Klageverfahren entscheidungsreif sind. Jetzt kommt es darauf an, wann das Gericht entscheidet. Einen Zeitpunkt dafür zu nennen, wäre nicht seriös – ich bin aber überzeugt, dass auch das Gericht die Wichtigkeit des Projektes anerkennt und dementsprechend handelt.“

### Was sagen Sie den Umweltverbänden?

Wir stehen weiterhin Gesprächen – mit denjenigen, die dies wünschen – aufgeschlossen gegenüber. Lassen Sie mich jedoch deutlich sagen: Der Ausbau selbst, also die Vertiefung und die Verbreiterung sind nicht verhandelbar – das Ausbaumaß ist und bleibt ohne Alternative, weil wir genau das für die Zukunft unseres Hafens und für die Stadt brauchen!“

### Wie lautet Ihre persönliche Einschätzung zum Fortgang des Projektes?

Auch wenn ich mir im Eilverfahren selbstverständlich eine andere Entscheidung gewünscht hätte, bin ich weiter überzeugt, dass die Fahrrinnenanpassung kommen wird und mit ihr alle Verbesserungen und Vorteile für Hamburg und den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland.“



## Bericht aus dem Rathaus

von Claas Ricker

### HAMBURG IST ES WERT: KULTUR UND TOURISMUSTAXE KANN ZUM 1. JANUAR STARTEN

**D**ie SPD-Bürgerschaftsfraktion hat einen überarbeiteten Gesetzentwurf zur Einführung der Kultur- und Tourismustaxe in Hamburg vorgelegt. Damit sind alle Voraussetzungen geschaffen, damit die Taxe am 1. Januar 2013 an den Start gehen kann – rechtssicher und mit nur wenig bürokratischem Aufwand für die Hoteliers. Der Kultur- und der Wirtschaftsausschuss haben in einer gemeinsamen Sitzung den Gesetzentwurf bereits beschlossen – Ende November folgt die Schlussabstimmung in der Bürgerschaft.

Eine Anpassung der Gesetzesvorlage war notwendig geworden, nachdem das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom Juli dieses Jahres festgestellt hat, dass beruflich zwingend veranlasste Übernachtungen nicht von einer Aufwandsteuer erfasst werden dürfen. Daher sieht der Gesetzentwurf jetzt eine ebenso klare wie rechtssichere Trennung von beruf-

lichen und privaten Übernachtungen vor. Berufliche Übernachtungen müssen – wie zum Beispiel in Dortmund und Lübeck bereits praktiziert – mit einfachen, im Internet zum Download abrufbaren Formularen belegt werden.

Die Taxe wird einen wichtigen Beitrag leisten, damit Hamburgs Kultur- und Tourismuslandschaft noch attraktiver wird. Hamburg ist es wert – das ist die Botschaft an die Hoteliers und die Touristen. Sie bringt der Stadt einen echten Mehrwert, davon profitieren die Touristen genauso wie die Hamburgerinnen und Hamburger: Jeder Euro, den die Stadt darüber einnimmt, fließt ganz gezielt in neue oder bestehende Projekte – dies gilt vor allem für die Kultur, aber auch für den Sport-Bereich oder das Tourismus-Marketing. Und ganz sicher wird ein solches Entgelt keinen Touristen von einem Hamburg-Besuch abhalten – das zeigen sehr deutlich die Erfahrungen aus den Städten, die bereits eine Taxe erheben.

Zum Gesetzentwurf hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion dem Senat außerdem wichtige Maßgaben zur Mittelverwendung aus der Taxe mit auf den Weg gegeben. So soll aus den Einnahmen ein „Elbkulturfonds“ aufgelegt werden, um Kultur- und Kunstprojekte aller Sparten zu fördern. Ebenso ist vorgesehen, den Sonderausstellungsfonds für die Museen aufzustocken.

Um die Akzeptanz der Taxe zu erhöhen, wird eine breit angelegte Informationskampagne auf den Weg gebracht. Insbesondere die Hoteliers sollen zeitnah durch umfangreiche Informationen unterstützt werden. Andere Städte haben das erfolgreich vorgemacht. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat in diesem Zusammenhang Gespräche mit dem DEHOGA geführt und vereinbart, sich auch über die Einführungsphase hinaus regelmäßig über Erfahrungen und Entwicklungen bei der Kultur- und Tourismustaxe auszutauschen.



## Liebe Genossinnen und Genossen,

wir können es nicht hinnehmen, dass es Arbeitnehmer gibt, deren Lohn nicht zum Leben reicht. Ich halte das für eine moralische Untergrabung der Grundprinzipien unserer Gesellschaft. Nichts verletzt die Ehre so sehr wie der Umstand, dass man den ganzen Monat Vollzeit arbeitet und am Ende dennoch öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen muss.

Wir müssen unseren Einfluss dort geltend machen, wo es in unserer Macht steht. Die Stadt Hamburg hat gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion. Tausende Hamburgerinnen und Hamburger sorgen Tag für Tag dafür, dass unsere Stadt funktioniert. Diese wertvolle Arbeit, ob im direkten Angestelltenverhältnis oder im Dienste eines Auftragnehmers, muss anständig bezahlt werden. Nach dem geltenden Tarifvertrag liegt der Lohn der Beschäftigten der Stadt bereits jetzt immer über 8,50 Euro. Das soll künftig auch für alle Bereiche der öffentlichen Unternehmen gelten. Damit auch Auftragnehmer der Stadt an den Mindestlohn gebunden sind, wird das Hamburgische Vergabegesetz geändert werden. Dann müssen sich Firmen, die Aufträge von der Stadt erhalten, dazu verpflichten, ihren Beschäftigten Tariflöhne zu zahlen, mindestens jedoch 8,50 Euro.

Darüber hinaus werden wir dafür Sorge tragen, dass es Leiharbeit nur dann gibt, wenn es um die Bewältigung von Auftragsspitzen geht. Und wir werden dafür sorgen, dass Leiharbeitnehmer genauso viel Geld bekommen wie die Stammbeschäftigten in den Betrieben, in denen sie eingesetzt werden.

Klar, 8,50 Euro pro Stunde – das ist nicht viel Geld. Wer den Mindestlohn bekommt, bekommt wenig und kann keine großen Sprünge machen. Aber es ist immerhin ein besserer Schutz gegen den freien Fall nach unten als der, den wir in Deutschland im Moment haben.

Euer

Olaf Scholz

# STUDIENGEBÜHREN SIND GEGESSEN

von Carl Philipp Schöpe

**A**m 15. Oktober hat an den Hamburger Hochschulen das Wintersemester begonnen. Es ist zugleich das erste Semester seit fünfzehn Jahren, in dem Studierende in Hamburg keine Studiengebühren mehr zahlen müssen. Und so konnten die Jusos auf dem Campus nicht nur zum Semesterstart die neuen Studierenden begrüßen, sondern auch die Erfüllung eines zentralen Wahlversprechens und das erfolgreiche Ende eines jahrelangen Engagements gegen die Gebühren feiern. Getreu dem Motto „Studiengebühren sind gegessen!“, wurden am gemeinsamen Infostand von Jusos, Juso Hochschulgruppe und Bürgerschaftsfraktion Tortenstücke an alle Studierenden verteilt. Verziert war die Torte mit einer Marzipanattrappe der nun nicht mehr benötigten Überweisungsformulare.

Auch im übrigen Bundesgebiet wird der Irrtum Studiengebühren Stück für Stück korrigiert. In einer gerechten und fortschrittlichen Gesellschaft dürfen Bildungschancen, wie die Aufnahme eines Studiums, nicht vom familiären Hintergrund

der Einzelnen abhängen. Deshalb müssen wir uns weiterhin für den Abbau von Hürden, insbesondere finanzieller Art einsetzen. Dazu gehört neben Studiengebühren auch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für junge Menschen.

Wir Hamburger Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten gehen hier vorbildlich voran. Das gilt ebenso für die weitere Entwicklung unserer Hochschulen. So wird der Wegfall der Einnahmen aus den Studiengebühren voll kompensiert und durch den Zukunftspakt mit der Universität ist diese bis zum nächsten Jahrzehnt finanziell abgesichert.

Um die Zukunft in Hamburgs Hochschullandschaft geht es auch in der kommenden gemeinsamen Veranstaltung von Juso Hochschulgruppe und Bürgerschaftsfraktion. Am 22. November um 18.30 Uhr diskutieren Wissenschaft und Politik zum Thema „Versprechen gehalten: Studiengebühren abgeschafft – Wie geht es weiter in der Wissenschaftspolitik?“ im Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek.

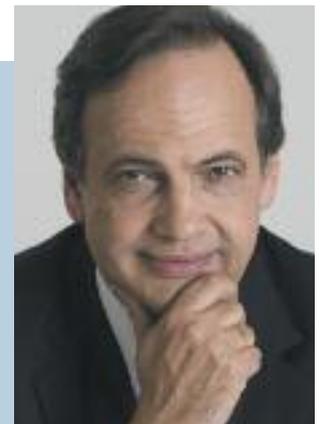


v. l. n. r.: Morlin Schmerfeld, stellv. Vorsitzende Juso-Hochschulgruppe UHH, Philipp-Sebastian Kühn, MdHB, Fachsprecher Wissenschaft und Forschung, Dr. Andreas Dressel, MdHB, Fraktionsvorsitzender SPD-Bürgerschaftsfraktion, Carl Philipp Schöpe, Juso-Landesvorsitzender

## Europa aktuell

**I**m Mittelpunkt des letzten Gipfels der EU-Staats- und Regierungschefs stand vor allem der Streit zwischen Frankreich und Deutschland um die Frage, wann die geplante Euro-Bankenaufsicht konkret ihren Dienst aufnehmen soll. Wichtige Themen wie die konkrete Ausgestaltung des Wachstumspaktes, der neue Jobs bringen soll, wurden dagegen leider wieder einmal auf das nächste Treffen verschoben. Thema war auch eine mögliche Spaltung der EU in Euro-Länder und Nicht-Euro-Länder. Das wollen etliche Mitgliedstaaten für die Bankenaufsicht haben, obwohl die Vernetzung der Banken zwischen den EU-Ländern so engmaschig ist, dass nur eine einheitliche Bankenaufsicht Sinn macht. Auch der Vorschlag von Finanzminister Schäuble, eine Art Unterparlament des Europaparlamentes mit Abgeordneten aus Euro-Ländern einzurichten, ist meiner Meinung nach der falsche Ansatz. Der Finanzminister will, dass nur dieses „Euro-Parlament“ über die Leitlinien eines zukünftig viel mächtigeren Währungskommissars mitentscheiden soll. Eine solche Spaltung sollten wir verhindern. Der Euro ist die Währung der Union und alle EU-Mitglieder sind vertraglich verpflichtet, den Euro einzuführen (nur für Großbritannien und Dänemark gelten Ausnahmen). Deshalb sollten auch alle mitbestimmen dürfen, wenn es um die Währungs- und Finanzpolitik geht. Die Gemeinschaftsmethode und damit das Prinzip der europäischen

Einigung basieren auf dem friedlichen Interessenausgleich zwischen großen und kleinen, armen und reichen Staaten. Und genau dafür wurde die EU gerade mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Anstatt die EU zu spalten, muss die parlamentarische Demokratie gestärkt werden. Dazu gehört auch, dass Organe wie die Troika, die Griechenland Sparprogramme diktiert, dem Europäischen Parlament Frage und Antwort stehen. Warum darf das Parlament die Vorgaben der Troika nicht überprüfen und ändern? Wir wissen nicht einmal, nach welchen Kriterien dort Entscheidungen getroffen werden. Und sollte der Wirtschafts- und Währungskommissar mehr Befugnisse erhalten, muss auch eine Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament verstärkt eingefordert werden. Die Schuldenkrise ist schon längst zu einer Vertrauenskrise in die Organe der EU geworden. Entscheidungen auf EU-Ebene erhalten nur dann eine größere Legitimität, wenn die Parlamente, die gewählten VertreterInnen der BürgerInnen, gestärkt werden. Insbesondere auf europäischer Ebene ist es diesbezüglich kurz vor zwölf!



## Berlin direkt

von Aydan Özoğuz, MdB

Ich freue mich sehr, dass mit Peer ein echter Hamburger Jung unser Kanzlerkandidat ist. Das ist für unser Ziel, in Hamburg alle sechs Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2013 zu gewinnen, durchaus eine große Hilfe. In Fußballsprache: Heimvorteil. Peer verkörpert die typisch hanseatischen Tugenden, er ist ein Freund klarer Worte und hat als Bundesfinanzminister gemeinsam mit Olaf Scholz als Arbeitsminister unser Land gut durch die Krise gebracht.

Im Parteivorstand wurde die Nominierung von Peer einstimmig beschlossen, natürlich haben nun die Delegierten auf dem Bundesparteitag am 9. Dezember in Hannover das letzte Wort. Der Schrecken bei der politischen Konkurrenz ist überdeutlich: Peer wurde zwar wegen seiner Nebeneinkünfte für Vorträge und angebliche Intransparenz angegangen. Nur blöd, dass Schwarz-Gelb seit 2010 unsere Vorschläge für mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften von Politikern abgelehnt hat und unsere aktuelle parlamentarische Initiative, die Einkünfte auf Euro- und Cent-Betrag exakt anzugeben, mit allerlei Herumgedruckse ablehnt. Und wer sich die Liste der Nebeneinkünfte genauer anschaut, wird schnell feststellen, dass Platz 2 bis 10 von Mitgliedern der Regierungskoalition besetzt sind.

Das zeigt, wie scheinheilig die angebliche Empörung der Regierungsparteien tatsächlich ist. Wie weit sie tatsächlich bereit sind zu gehen, hat ja nun gerade die CSU wieder bewiesen: Anrufe beim ZDF, um eine Berichterstattung über den SPD Parteitag in Bayern zu verhindern. Geht's noch?

Währenddessen geht der Zerfall der „Regierungskoalition“ weiter, regiert wird da kaum noch. Im Bundestag können wir das sehen am Hick-Hack um das Betreuungsgeld, am Gezänk um die Zukunft der ungeliebten Praxisgebühr oder beim Eiertanz um eine Frauenquote in Führungspositionen. An dieser Stelle übrigens noch einmal herzlichen Glückwunsch an unsere Hamburger Justizsenatorin Jana Schiedek. Es ist großartig, dass Jana am 21. September im Bundesrat eine Mehrheit für den Hamburger Gesetzentwurf für eine Frauenquote in Aufsichtsräten erreichen konnte. SPD und Grüne haben den Gesetzentwurf des Bundesrates nun wortgleich in den Bundestag eingebracht. Allerdings ist zu befürchten, dass die Regierungskoalition mit Verfahrenstricks den Gesetzentwurf bis zum Ende der Legislatur nicht abstimmen lassen wird – aus Angst vor dem Abstimmungsverhalten einiger engagierter Unions-Frauen, die unserem Gesetz-

entwurf im Bundestag zur Mehrheit verhelfen könnten.

Im November führen wir unseren Parteikonvent zum Thema Rente durch, danach kommt der Nominierungsparteitag. Wir

müssen jetzt in den nächsten Monaten unser Bild einer solidarischen, wertorientierten Gesellschaft deutlich machen. Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit: Einen gesetzlichen Mindestlohn, die Bändigung der Finanzmärkte oder die echte Gleichstellung von Frau und Mann, z. B. bei den Gehältern, gibt es nur mit uns!

Peer will denn Wahlkampf übrigens mit der nötigen Portion Humor führen, es werde kein langweiliger Wahlkampf mit typischen Ritualen – das würde die Leute ohnehin nur abschrecken. Also packen wir es an: Gemeinsam schaffen wir Rot-Grün 2013!



## TERMINE

**11. November, 10.30–13 Uhr**  
**OLDENFELDER FRÜHSCHOPPEN**  
mit **Aydan Özoguz**, MdB  
Clubhaus des SC Condor,  
Bernier Heerweg 188

**12. November, 19 Uhr**  
**Auftaktveranstaltung zum**  
**Mentoring-Programm der**  
**ASF Hamburg**  
Kurt-Schumacher-Haus  
Kurt-Schumacher-Allee 10

**13. November, 14–16 Uhr**  
**SPD-BÜRGERDIALOG**  
mit Kanzlerkandidat **Peer Steinbrück**  
Markthalle Hamburg | Klosterwall 11

**20. November, 19.30 Uhr**  
**OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH**  
in Eimsbüttel  
Jugendmusikschule Hamburg  
Miralles Saal | Mittelweg 42

**21. November, 19 Uhr**  
**DER ROTE SESSEL**  
mit **Hans-Ulrich Klose**, MdB  
Herbert-Wehner-Haus  
Julius-Ludowieg-Straße 9

**22. November, 19 Uhr**  
**SENATORIN VOR ORT**  
mit Gesundheitssenatorin  
**Cornelia Prüfer-Storcks**  
Nachbarschaftstreff 1902 e. V.  
Sievekingdamm 57

**22. November, 18.30 Uhr**  
**VERSPRECHEN GEHALTEN –**  
**STUDIENGEBÜHREN ABGESCHAFFT!**  
mit **Dr. Andreas Dressel**, Fraktions-  
vorsitzender der SPD-Bürgerschafts-  
fraktion und **Philipp-Sebastian Kühn**,  
Fachsprecher Wissenschaft und  
Forschung  
Staats- und Universitätsbibliothek  
Hamburg Carl von Ossietzky  
Von-Melle-Park 3

**25. November, 11–13 Uhr**  
**BUNDESPOLITISCHER FRÜHSCHOPPEN**  
mit **Johannes Kahrs**, MdB  
Anmeldung unter [johannes@kahrs.de](mailto:johannes@kahrs.de)  
oder Telefon 28 05 55 55

**1. Dezember, 10–17 Uhr**  
**LANDESPARTEITAG**  
**DER SPD HAMBURG**  
Gastredner ist der Parteivorsitzende  
**Sigmar Gabriel**  
Bürgerhaus Wilhelmsburg  
Mengestraße 20  
Anmeldung erforderlich.

Weitere Termine unter  
[www.spd-hamburg.de](http://www.spd-hamburg.de)

## NEUE BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN AUF LANDESEBENE

### SELBST AKTIV, SCHWUSOS, MIGRATION UND VIELFALT UND DER ARBEITSKREIS GEGEN RECHTS

Aber das sind doch keine neuen Themen innerhalb der SPD? Nein – neu ist das die Themen Migration und Vielfalt, Schwule und Lesben (Schwusos) und Behinderte (Selbst Aktiv) durch Arbeitsgemeinschaften abgedeckt werden. Damit wurde diesen Themenbereichen innerhalb der Parteireform, die im Dezember 2011 auf dem Bundesparteitag beschlossen wurde, neue Rechte zugesprochen. So haben die neu gegründeten Arbeitsgemeinschaften beispielsweise die Möglichkeit, Anträge auf Landesparteitagen zu stellen. Daneben wurde deutschlandweit der erste Arbeitskreis, der sich auf Landesebene ausschließlich mit der Arbeit gegen Rechtsextremismus beschäftigt, initiiert.

Zuerst wurde die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv gegründet, deren Vorsitz Inge Jefimov übernahm. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Frage, wie die UN-Behindertenrechtskonventionen in Hamburg umgesetzt werden sollen. So wird in Hamburg derzeit ein Landesaktionsplan erstellt, bei dessen Ausarbeitung die engagierten Vorstandsmitglieder im Rahmen einer Veranstaltung teilnahmen. Auf der Agenda stehen zahlreiche weitere Themen wie die Barrierefreiheit im Nahverkehr. Die erste Veranstaltung am 1. November, fand reges Interesse, so dass eine spannende Diskussion mit Ksenija Bekeris, MdHB, und Regina Jäck, MdHB, zu den Auswirkungen des Hamburger Haushalts auf behinderte Menschen in Hamburg geführt wurde.

Die Arbeit der Schwusos findet seit Jahren erfolgreich statt. Gerade die Teilnahme am Christopher Street Day ist als gelungene Form der Öffentlichkeitsarbeit hervorzuheben. Als Vorsitzender wurde Arne Platzbecker im Amt bestätigt. Arne Platzbecker freut sich auf die weitere Zusammenarbeit und über die neuen Rechte der Schwusos die mit dem Status einer Arbeitsgemeinschaft einhergehen. Er sieht dies als schöne Bestätigung für die bisher geleistete Arbeit.

Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt war der Prozess der AG-Neugründungen in Hamburg

Abgeschlossen. Aydan Özoguz, die den Vorsitz dieser Arbeitsgemeinschaft übernahm, freut sich auf die Arbeit in ihrem bunt gemischten Vorstand. So war es Aydan Özoguz wichtig, dass sich dieser aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedenster Richtungen zusammensetzt um eine möglichst breite Vernetzung herzustellen. Schon bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft waren über siebzig Genossinnen und Genossen anwesend, so dass wir auf die erste Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft am 26. November ab 18 Uhr mit Eva Högl gespannt sein dürfen!

Zum ersten Mal tagte außerdem am 22. Oktober der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus der SPD Hamburg. Eingeladen hatten Inka Damerau, Sönke Klages, Sebastian Mietzner und Alexander Kleinow. Bei der Gründung wurde es im Saal des Kuschu fast ein wenig zu eng; so gut war die Resonanz bei Jung und Alt. Manche erzählten, sie seien bereits seit langem aktiv bei „Gegen Rechts“-Aktionen in ihrem Stadtteil, bei der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, bei regionalen und überregionalen Gedenkveranstaltungen wie zum Beispiel der „Woche des Gedenkens“ in Hamburg-Nord. Andere kamen, weil sich erst orientieren wollten.

Es wurde ebenso deutlich, dass in die Arbeit gegen Rechts der Hamburger SPD nicht etwa brach liegt. Im Gegenteil: Alle Kreise Hamburgs haben Aktionen oder Arbeitskreise, die sich mit der Arbeit gegen Rechts befassen. Die Freude darauf, das vorhandene Potential auf Landesebene zu bündeln, war spürbar. Gerade deshalb sind alle zufrieden, dass es diesen Arbeitskreis gibt und zwar sowohl die ganz jungen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als auch die aus der Generation „80 plus“, die prominent mit dem ehemaligen Ersten Bürgermeister Peter Schulz vertreten war.

Am Montag, den 17. Dezember um 19 Uhr wird es ein Folgetreffen geben, bei dem sich kleinere Arbeitsgruppen zu den vielen zu diskutierenden Themen zusammensetzen werden.



## FRAGEN? SORGEN? PROBLEME?

*WIR SIND FÜR SIE DA!  
DAS SPD-BÜRGERBÜRO*

Kurt-Schumacher-Allee 10 | 20097 Hamburg  
Telefon 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag jeweils 14–16 Uhr

## Impressum

**Herausgeber**  
SPD-Landesorganisation  
Hamburg

**V.i.S.d.P.**  
Karin Timmermann

**Redaktion**  
Lars Balcke  
Benedikt Schaumann

**Redaktionsschluss für  
die kommende Ausgabe**  
22. November 2012

**Anschrift**  
Kurt-Schumacher-Allee 10  
20097 Hamburg